



„Es ist für mich schwer aushaltbar, dass da so wenig Widerspruch gegen die aktuelle Flüchtlingspolitik zu hören ist. Ich bin froh, dass es Organisationen wie den Flüchtlingsrat gibt!“ (Eine Spenderin)

Abschrecken Abschottung Abschieben

Ein Jahr geht zu Ende, in dem die deutsche Politik ihre im Jahr 2015 ausgerufene „Willkommenskultur“ endgültig beerdigt hat. In der Hoffnung, der rechtsextremen AfD Wählerstimmen abzujagen, überbieten sich die demokratischen Parteien in einem Wettbewerb der Abschreckung. Es scheint, als würden diejenigen gewinnen, die Geflüchtete am weitestgehenden entrechten und ihnen die größten Schädigkeiten zumuten wollen. Zusammen mit zahlreichen Verbänden und Initiativen fordern wir deshalb Bund und Länder auf, bei der Leistungsgewährung für Geflüchtete die Verfassung zu wahren und auf weitere rassistische Diskriminierungen zu verzichten (s.u.). Doch unabhängig davon liegt es mehr denn je an uns, dem Unrecht Einhalt zu gebieten.

Unterstützen sie uns mit ihrer [Spende](#) oder [Mitgliedschaft](#)!

Was die Ministerkonferenz fordert:

verfassungswidrig – desintegrierend – am Ziel vorbei – Trickserei

Dies sind vier Stichworte, die unsere Erklärung zieren, die wir zusammen mit der AWO, der Parität, und vielen niedersächsischen Initiativen verfasst haben. Unter dem Titel: „Kein Wettlauf der Schädigkeiten“ fordern wir darin Bund und Länder auf, bei der Leistungsgewährung für Geflüchtete die Verfassung zu wahren und auf weitere rassistische Diskriminierungen zu verzichten.



Damit setzen wir zwar ein starkes Zeichen in der bundesweiten Kampagne „Asylbewerberleistungsgesetz – Abschaffen!“. Das hinderte die Ministerkonferenz am 6.12.2023 aber nicht dran, die Ausweitung der verfassungswidrigen Kürzungen der Grundleistungen für Schutzsuchende von 18 auf 36 Monate zu fordern.

[Weiterlesen](#)

"Haft ohne Straftat"

Direkt am Flughafen in Langenhagen betreibt die Justizvollzugsanstalt Hannover ein Abschiebegefängnis. Hinter hohen Stacheldrahtzäunen werden dort Menschen inhaftiert, die vollziehbar ausreisepflichtig sind und denen die Behörden und Gerichte unterstellen, dass sie sich einer bevorstehenden Abschiebung entziehen könnten. Möglich ist diese "Haft ohne Straftat" für bis zu 18 Monate. Dabei kommt es häufig zu Inhaftierungen, die

sich nach dem Einlegen von Rechtsmitteln als teilweise oder vollständig rechtswidrig herausstellen.



Seit 2016 bieten wir kostenlose und unabhängige Beratung für Abschiebegefangene an. Das Ziel dieser Beratung ist es, die Gefangenen umfassend über ihre Rechte zu informieren und sie bei der Durchsetzung dieser zu unterstützen. Auch stehen wir als Ansprechpartner für Verwandte und Freund*innen bereit.

Abschiebungshaft als Instrument halten wir für eine gewaltvolle und völlig unangemessene Machtdemonstration des Staates und setzen uns politisch für ihre Abschaffung ein. Jede Inhaftierung und jeder Hafttag ist einer zu viel. Jede Spende kommt direkt an.

[Weiterlesen](#)

Für den Schutz von queeren Personen

Queere Menschen werden aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität verfolgt, gefoltert, getötet und damit zur Flucht gezwungen. Jeder Mensch der flüchten muss, braucht Schutz. Lesbische, schwule, bisexuelle, transgeschlechtliche und intersexuelle Menschen (LSBTI), die in ihren Herkunftsländern Verfolgung durch Staat, Gesellschaft oder durch ihre eigene Familie erfahren mussten, brauchen deshalb besondere Unterstützung. Doch ihre Gewalterfahrung setzt sich in den meisten Fällen leider auch in Deutschland fort, denn LSBTI-Feindlichkeit ist trauriger Alltag.

HERE AND QUEER **Flüchtlingsrat**
Niedersachsen e.V.

Beratung zum Asylverfahren **Conseils sur la procédure d'asile**
Advice on the asylum procedure

نصيحة بشأن إجراءات اللجوء **مشاوره در مورد روند پناهندگی**

Консультации по процедуре предоставления убежища
iltica prosedürü hakkında danışmanlık

In Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete fehlen so z.B. Gewaltschutzkonzepte. Und die räumlichen Voraussetzungen, um queere Menschen bedarfsgerecht zu versorgen, sind nicht gewährleistet. Dazu kommt Angst und Unsicherheit durch komplizierte Asylverfahren und das Leben mit Ausgrenzung und Rassismuserfahrung. Die besondere

und sensible Ansprache, Aufklärung und Begleitung von queeren Geflüchteten, ist daher ein grundlegender Baustein bei der Wahrung des gefährdeten individuellen Asylrechts.

Dem widmet sich seit 01. Oktober unsere Kollegin Ana-Maria Muhi in einem Pilotprojekt. Ein Projekt, das wir mit ihrer Unterstützung verstetigen könnten.

[Weiterlesen](#)

Gewalt und Rechtsbruch statt „Humanität und Ordnung“

Die bisherige, pragmatische Linie der SPD im Umgang mit Flucht&Asyl in Niedersachsen droht zu kippen: Inzwischen verkündet auch Ministerpräsident Weil per Regierungsdekret, es seien Grenzen erreicht, „an die unsere Integrationsbemühungen stoßen“, darum müsse es nun darum gehen, „konsequent irreguläre Zuwanderung einzuschränken und einzudämmen.“ Der vom Ministerpräsidenten, der sich immerhin noch deutlich zum Asylrecht bekennt, kritiklos verwendete Begriff der „irregulären Migration“ symbolisiert den Paradigmenwechsel in einer zunehmend empathiefreien Asyldebatte, in der Geflüchtete und Schutzsuchende kaum mehr vorkommen. Eine Politik des "Vergrämens" und der Abschreckung gegenüber Geflüchteten hatte schon in den 90er Jahren verheerende Folgen und darf sich nicht wiederholen.



Dagegen bemühen wir uns, jene Teile einer „Offenen Gesellschaft“ zusammen zu bringen, die diese, die Offene, die Migrationsgesellschaft verteidigen wollen. Mit einer Veranstaltungsreihe und der Einladung zu Netzwerktreffen machen wir uns auf den Weg. Zusammen mit der Seebrücke Osnabrück haben wir dazu am 16. November in Osnabrück mit einem sehr engagierten Publikum die Verschärfungen durch die GEAS-Reform und das sog. Migrationspaket diskutiert und Fragen zur Organisation gestellt.

[Weiterlesen](#)



Und so werden wir das Neue Jahr damit beginnen, auf der Basis der [Berliner Erklärung](#) und dem Statement „[Solidarität ist keine Sonntagsrede](#)“ ein landesweites Netz aufzubauen, mit dem wir uns geeint und engagiert gegen Autoritarismus und für eine Offene Gesellschaft einsetzen werden. Werdet Teil dieses Netzwerks! [Werdet Mitglied!](#)



Wenn Du diese E-Mail nicht mehr empfangen möchtest, kannst Du diese [hier](#) abbestellen.

Flüchtlingsrat Niedersachsen
Röpkestr. 12 | 30173 Hannover